

Bilanz des Gewerkschaftskongresses

Autor(en): **Troxler, Ferdinand**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **61 (1969)**

Heft 11

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354411>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»

HEFT 11 - NOVEMBER 1969 - 61. JAHRGANG

Bilanz des Gewerkschaftskongresses

Mit den beschwingten Klängen der Italienische Symphonie Nr. 4 in la majeur, op. 90, von Felix Mendelssohn, wurde der 40. ordentliche Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes im Pavillon von Montreux eröffnet. Die glanzvolle Leistung des Orchestre de chambre de Lausanne, dirigiert von *Arpad Gerecz*, fand grossen Beifall. Der Schwung dieser musikalischen Ouverture blieb durch den ganzen Kongress hindurch erhalten, vor allem in den temperamentvoll vorgetragenen Voten der Delegierten.

In seiner markanten Eröffnungsansprache vor den rund 500 Delegierten und Gästen streifte SGB-Präsident Nationalrat *Ernst Wüthrich* die vielfältigen Probleme, die unserer Zeit anlasten:

«Ein Blick über unsere Landesgrenzen zeigt uns mit aller Deutlichkeit, dass die tragenden Fundamente des menschlichen Lebens – Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie – immer wieder mit Füßen getreten werden.

Die tschechoslowakische Tragödie, die Rassenkämpfe in den USA, die Diktaturen in Griechenland und Spanien, die Konflikte in Vietnam, Nigeria-Biafra, Irland und im Nahen Osten, die wilden Streiks und die Studentenunruhen in aller Welt: überall handelt es sich um Folgeerscheinungen ungelöster politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Probleme. Auch die Schweiz», erklärte Kollege Wüthrich, «steht vor einem Berg von Aufgaben; man denke an Stichworte wie Erziehungs-, Bildungs- und Forschungspolitik, gesunder Lebensraum, sinnvolle Landes-, Regional- und Ortsplanung, Wohnungs- und Mietzinsnot, Kündigungsbeschränkung, politische Gleichberechtigung der Frau, ausländische Arbeitskräfte, Sozialversicherung, Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht.

Die Gewerkschaften haben nichts von ihrer ursprünglichen Existenzberechtigung eingebüsst. Sie sind aufgerufen, Lösungen anzustreben, welche die Interessen der Arbeitnehmer in gerechter Weise berücksichtigen.»

Mit geistreichen Pointen und welscher Eloquenz begrüßte alsdann *Jean Möri* eine Reihe prominenter

Gäste und Freunde

aus nah und fern: Vertreter höchster eidgenössischer Amtsstellen, der kantonalen und städtischen Behörden, der Gewerkschaftskartelle Montreux, Vevey und der Waadt, des Internationalen Arbeitsamtes, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks, des Verbands für Wohnungswesen, der Stiftung für Konsumentenschutz, der Coop Schweiz, der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände, des Schweizerischen Bauernverbandes, der Frauen- und Jugendkommission SGB, ehemalige Mitglieder des Bundeskomitees und Funktionäre des SGB. Die Bruderorganisationen fast aller Länder des freien Europas hatten Delegationen entsandt, ebenso der Internationale Bund Freier Gewerkschaften. Leider wurden die Vertreter der beiden italienischen Bruderverbände in letzter Stunde durch die Streiks in ihrem Lande an der Teilnahme verhindert. Zahlreich waren auch Presse, Radio und Fernsehen vertreten.

Als erster Gast überbrachte *Pierre Schumacher*, Vorsteher des Departements des Innern, die Grüsse der waadtländischen Regierung und der Stadt Montreux. Er betonte die hohe Bedeutung des Arbeitsfriedens für unser Land und konnte mitteilen, dass die Universität Lausanne einen Lehrstuhl für Sozialmedizin geschaffen hat. *Robert Guillet* richtete an die Kongressteilnehmer einen herzlichen Willkommgruss namens der Gewerkschaftskartelle von Montreux und Vevey, während Vizegeneraldirektor *Albert Tévoédjrè*, ein Afrikaner, für das Internationale Arbeitsamt sprach. Die schweizerische Arbeiterschaft könne als «Pulsschlag für die Arbeiterschaft der ganzen Welt» betrachtet werden, weil sie verschiedene Nationalitäten in sich vereinige. Er wies hin auf das Weltbeschäftigungsprogramm der Internationalen Arbeitsorganisation. Hilfe an die Arbeitslosen genüge nicht, vielmehr müssten die Ursachen der Arbeitslosigkeit behoben werden.

Albert Heyer vom Genfer Büro des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften erläuterte die Aufgabenstellung dieser Organisation. In den ersten Nachkriegsjahren wurden zunächst die alten Verbindungen mit den klassischen Industrieländern wieder hergestellt und die Freunde, die unter Kolonialherrschaft lebten, in ihrem Kampf um die Unabhängigkeit und Freiheit unterstützt. Besonders fruchtbar wirkten sich die zahlreich geschaffenen Gewerkschaftsschulen in den Entwicklungsgebieten aus: Hunderte von dort ausgebildeten Kollegen sind jetzt in Schlüsselpositionen der Gewerkschaftsbewegung tätig. Der Redner ging sodann auf die tatkräftige Mitarbeit des IBFG bei den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen ein; als notwendig habe sich auch eine direkte Inter-

essenvertretung erwiesen, indem eine Europäische Regionalorganisation, ein Europäischer Bund der Freien Gewerkschaften in der EWG, ein Efta-Gewerkschaftsbund und ein Sondersekretariat bei der OECD in Paris geschaffen wurden.

Erfrischend wirkte auch das Votum von Nationalrat *Fritz Grütter*, Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Er betonte die freundschaftliche Verbundenheit mit der Gewerkschaftsbewegung bei aller Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit. In einer Zeit der zunehmenden Wirtschaftskonzentration bedürfe es einer demokratischen Wirtschaftsplanung mit ausgeprägten Mitbestimmungsrechten der Werktätigen. Er zeigte

viel Verständnis für die kritische junge Generation,

die sich mit Recht gegen veraltete Gesellschaftsstrukturen wendet. Was morsch und faul ist, müsse fallen; was aber ausbaufähig ist, dürfe nicht niedergerissen werden. Gewaltanwendung stärke höchstens die reaktionären Kräfte. «Die Jugend hat einen Platz in der Sozialdemokratie und in der Gewerkschaftsbewegung!» – In bezug auf die beiden Verfassungsinitiativen müsse eine breite Front der Unterstützung geschaffen werden. Es handle sich um einen Durchbruch auf der sozialpolitischen Ebene, der mit der seinerzeitigen Einführung der AHV vergleichbar sei.

Die eigentliche Kongressarbeit begann mit der Beratung des 170 Seiten umfassenden Tätigkeitsberichtes. Bei den entsprechenden Stellen wurden Kurzreferate eingeschaltet und die Anträge behandelt.

Konjunktur- und finanzpolitische Probleme

Zu diesem Thema sprach Kollege *Dr. Waldemar Jucker*. Er ging auf die heutige konjunkturelle ausländische Nachfrage ein, die weitgehend durch die starke ausländische Nachfrage bedingt ist, wovon vor allem unsere Exportindustrie profitiert. Die durch die wirtschaftliche Expansion bedingte starke Kreditnachfrage hat die Zinssätze auf dem Euromarkt auf ein Rekordniveau getrieben. Dadurch wurden in zunehmendem Masse auch schweizerische Gelder auf den Euromarkt gelockt, was leider die Inlandzinssätze in Bewegung brachte. Da die Anlagen auf dem Euromarkt teilweise mit besonderen Risiken verbunden sind – vor allem im Falle eines Konjunkturrückgangs –, drängt sich eine Verschärfung der Liquiditätsvorschriften für Banken auf, die über ein gewisses Mass hinaus mit dem Euromarkt verflochten sind.

Kritisch äusserte sich Kollege Jucker gegenüber der freiwilligen Vereinbarung zwischen der Nationalbank und der Bankiervereinigung betreffend Geldpolitik. Wörtlich führte er aus: «Wir bezweifeln, dass das nun abgeschlossene Abkommen die erhoffte Wirkung haben werde. So haben es z. B. nicht alle zum Beitritt aufgeforder-

ten Banken unterzeichnet. Insbesondere die Migros-Bank hat nicht unterschrieben. Sie und ihr wohl grösster Kunde, die Unternehmungen der Migros-Gruppe, haben sich damit einen Freipass gesichert, der sich in gewissen Situationen negativ auf die Verständigungsbereitschaft der andern Banken auswirken kann. Ein Gesetz liesse derartige Privilegien nicht zu. Ueberdies ist es eher bedenklich, dass die Parlamentsmehrheit aus Furcht vor einer Volksabstimmung sich ihrer eigenen Verantwortung auf diese Weise zu entledigen sucht.»

Im Zusammenhang mit den Konjunkturproblemen ging der Referent auch auf die Einwanderungspolitik ein.

Er wandte sich gegen gewisse Kantonsregierungen und Kreise des Gewerbes und der Industrie, die versuchen, ein betriebliches Bewirtschaftungssystem für ausländische Arbeitskräfte zu verewigen, das von mittelalterlicher Landesfürstenmentalität sei.

«Sie halten die Fremdenpolizei für den Aufbau ihrer Wirtschaft für wichtiger als eigene Leistungen, die auf dem Markt zu bestehen vermögen.»

Im übrigen ging Kollege Jucker in seinem Referat auf verschiedene Anträge ein, vor allem auf die Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und die soziologische Analyse über die Gewerkschaftsbewegung.

Anträge

Die Delegierten stimmten einem Antrag des Schweizerischen Typographenbundes zu, wonach das Bundeskomitee Mittel und Wege suchen soll, um Bestimmungen über die *Sicherung der Beschäftigung* in der Bundesgesetzgebung zu verankern. Das Bundeskomitee wollte diesen Antrag bloss zur Prüfung entgegennehmen, unterlag dann aber bei der Abstimmung mit 100:75 Stimmen.

Ferner nahm der Kongress einen Antrag des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter entgegen, der das Bundeskomitee beauftragt, zusammen mit den angeschlossenen Verbänden abzuklären, wie gesamtarbeitsvertraglich die *Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand* gefördert werden kann. Dabei sollen Formen gefunden werden, die den Gewerkschaften einen Einfluss auf die Anlage dieser Mittel sichern, und es soll versucht werden, vor allem die Mittel gewerkschaftseigener Institutionen koordiniert im Rahmen einer gemeinsamen Anlagepolitik einzusetzen. Es ist sodann zu untersuchen, ob nicht in Zusammenarbeit mit befreundeten Institutionen ein *Anlagefonds* und eine Anlageberatung für Arbeitnehmer geschaffen werden kann. Die Errichtung eines gewerkschaftlichen Anlagefonds war auch Gegenstand eines Antrages des Waadtländischen Gewerkschaftskartells, das zu diesem Problem ein aufschlussreiches Dokument herausgegeben hatte. Eine verbandsexterne Expertenkommission wurde abgelehnt. Das Genfer Gewerkschaftskar-

tell schliesslich verlangte die paritätische Verwaltung der Sozialfonds, was ebenfalls Zustimmung fand.

Nach einem vielbeachteten Votum von *Ezio Canonica* stimmten die Delegierten im wesentlichen einem Antrag des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes zu, der eine soziologische Untersuchung fordert über den gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung, die Einstellung der ausländischen Arbeitskräfte zu den Gewerkschaften, das Verhalten der Jugend gegenüber der Gewerkschaftsbewegung. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen als Grundlage dienen für eine eventuelle Ausrichtung des Arbeitsprogramms und der Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes sowie der angeschlossenen Verbände auf die gewonnenen Erkenntnisse. Erweitert wurde der Antrag dadurch, dass auch die Einstellung der Frauen zu den Gewerkschaften zu berücksichtigen ist.

Der zweite Kongresstag

war ausserordentlich befrachtet. Vier Referate mit den dazu gehörenden Anträgen gingen über die Bühne. Es sprachen: *Georges Diacon* über Wohnbaupolitik und Mieterschutz; *Giacomo Bernasconi* über den Stand und die künftige Entwicklung der Sozialversicherung in der Schweiz; *Fritz Leuthy* über Bildungspolitik und Gewerkschaften; *Jean Möri* über die Internationale Arbeitsorganisation und die Gewerkschaften.

Zu geradezu brillanten Redeschlachten, woran sich die Kollegen Sepp Stappung (VPOD), Richard Müller (PTT-Union), Max Arnold (VPOD), Otto Cadegg (SEV), Adolf Knecht (GTCP), Ernst Wüthrich und Giacomo Bernasconi beteiligten, kam es in der Frage der Mindestrenten in der künftigen AHV/IV. Das war zweifellos ein Vorspiel auf den sozialdemokratischen Parteitag. Die Wellen beruhigten sich, als Kollege Ernst Wüthrich festgehalten hatte, dass gegenwärtig nicht diese Grundsatzfrage zur Diskussion stehe, sondern die gewerkschaftliche Stellungnahme gegenüber dem sozialdemokratischen Verfassungstext.

Einstimmig beschlossen die Delegierten, den von der sozialdemokratischen Partei und vom Gewerkschaftsbund ausgearbeiteten Initiativtext zur Verbesserung der AHV/IV zuzustimmen. Sollten am sozialdemokratischen Parteitag vom 2. November wesentliche Textveränderungen vorgenommen werden, so würde das Bundeskomitee bzw. der Gewerkschaftsausschuss ihren Standpunkt neu überprüfen.

Im gleichen Sinne wurde auch der Initiativtext zur Krankenversicherung einstimmig gebilligt. *Maria Zaugg-Alt* (VHTL) betonte namens der Frauenkommission des SGB, dass bei der nächsten Revision der AHV/IV auch die spezifisch die Frauen betreffenden Pro-

bleme nicht übersehen werden dürfen. Im Hinblick auf die nächste AHV-Revision nahm das Bundeskomitee einen Antrag des Bau- und Holzarbeiterverbandes entgegen, dass die Altersgrenze zum Bezug der AHV-Leistungen für Schwerarbeiter herabgesetzt werden soll.

Im Sektor *Bildungspolitik* wurden gutgeheissen:

- Bezahlter Bildungsurlaub von mindestens einer Woche zum Besuche von gewerkschaftlichen, beruflichen oder allgemeinbildenden Kursen (Bau- und Holzarbeiterverband; Genfer Gewerkschaftskartell);
- Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung einer gewerkschaftlichen Konzeption über die gesamte Bildungspolitik (SMUV);
- der Gewerkschaftsbund hat sich bei den Bundesbehörden einzusetzen, dass in finanzschwachen Regionen der Bau und Betrieb von notwendigen neuen Hochschulen vom Bund ermöglicht wird (Luzerner Gewerkschaftskartell).

Ferner stimmten die Delegierten folgenden Anträgen zu:

- Das Bundeskomitee wird durch je einen Vertreter der Frauen- und Jugendkommission ergänzt (Bundeskomitee/VSTTB/VHTL);
- es soll geprüft werden, ob die Tätigkeit der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände bei voller Wahrung ihrer Autonomie besser koordiniert werden kann, dies auch in der Vertragspolitik (SBHV).

Das Genfer Gewerkschaftskartell verlangte die Bestellung einer Kommission, um die Möglichkeit von Vereinbarungen, Bündnissen, Zusammenschlüssen und Beitritten mit andern Berufsverbänden unseres Landes zu prüfen. Das Bundeskomitee hält vorläufig eine derartige Kommission nicht für opportun, wird aber im Sinne der bisherigen Bestrebungen dem Problem Beachtung schenken.

Weitere Begrüssungsansprachen

Robert Risler überbrachte die Grüsse des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes und dankte Giacomo Bernasconi, der nach 25 Jahren Tätigkeit als erster Vizepräsident zurückgetreten ist. An seine Stelle tritt Louis Joye (SEV), während Fritz Leuthy als neuer Vertreter des Gewerkschaftsbundes nachrückt. – Namens der Coop Schweiz wies *Dr. Robert Kohler* hin auf die enge Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund in der Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten und in der Stiftung für Konsumentenschutz. Ueberdies wisse es Coop, der das Hauptkontingent der Mitglieder im VHTL stelle, zu schätzen, in Personalfragen mit Organisationen verhandeln zu dürfen, auf die man zählen könne.

Nachdem die Aufmerksamkeit der Kongressteilnehmer ob des langen Debattierens und Zuhörens bereits sichtbar nachgelassen hatte, gab es einen neuen Höhepunkt. Nationalrat Ernst Wüthrich gedachte dreier Kollegen, die sich in hohem Masse um die Gewerkschaftsbewegung verdient gemacht haben: Jean Möri, Giacomo Bernasconi und Männi Leuenberger. Jean Möri und Giacomo Bernasconi werden demnächst ins hintere Glied der Gewerkschaftsbewegung treten; Männi Leuenberger hat bereits auf Ende des letzten Jahres seinen Präsidentenstab abgetreten. Alle drei sind Gewerkschafter von ausgesprochenem Rang. Während Jean Möri als Krönung seiner gewerkschaftlichen Laufbahn dieses Jahr zum Präsidenten der Internationalen Arbeitskonferenz gewählt wurde, gilt Giacomo Bernasconi als Fachmann erster Garnitur auf dem Gebiete der Sozialversicherung.

Männi Leuenberger, so führte Kollege Wüthrich aus, hat den Gewerkschaftsbund während zehn Jahren mit Umsicht, Sachkenntnis und Konzilianz präsiert. Es waren bewegte Jahre: Auseinandersetzungen innerhalb des Gewerkschaftsbundes, Bodenrechtsinitiative, Gründung einer Stiftung für Konsumentenschutz, Bemühungen um eine gewerkschaftliche Einheitsorganisation usw. Männi besitzt ein ausserordentliches Geschick, Gegensätze auszugleichen, so dass es stets gelungen ist, Spaltungen zu vermeiden. «Männi Leuenberger war ein Präsident von Format, Intelligenz und Geschick.»

Als Ausdruck des Dankes erhoben sich die Delegierten von ihren Sitzen.

Am letzten Kongresstag durfte der Kongress die Grüsse von *Bundesrat Hans Peter Tschudi* entgegennehmen, der selbst in der Basler Gewerkschaftsbewegung tätig war. Auch er benützte die Gelegenheit, den drei verdienten Gewerkschaftern, die ins zweite Glied zurücktreten, Dank und Anerkennung auszusprechen. Die Teilziele der Gewerkschaftspolitik fasste er unter dem Leitstern der Vermenschlichung des Arbeitslebens, der Entfaltung der Persönlichkeit des Arbeiters zusammen. Zur Frage der Sozialversicherung führte der bundesrätliche Redner aus: «Wir bereiten eine Vorlage über eine erste generelle Revision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV und Invalidenversicherung vor, die neben anderen Verbesserungen eine namhafte Heraufsetzung der Einkommensgrenzen und damit der Gesamtbezüge der Rentner bringen wird. Eine Expertenkommission befasst sich mit der Förderung der zweiten Säule unserer Altersvorsorge, d. h. der beruflichen und betrieblichen Pensionskassen. Nächstes Jahr wird den Eidgenössischen Räten über dieses wichtige Problem Bericht erstattet.» Noch heute sei die Situation vieler Arbeitnehmer prekär, besonders bei länger dauernder Krankheit.

Sie kennen zwar die Wohlstandsgesellschaft, jedoch als enttäuschte Zuschauer.

Wer während seines ganzen Arbeitslebens und mit dem Einsatz aller seiner Kräfte der Allgemeinheit – gleichgültig in welcher Stellung – treu gedient habe, dürfe Anspruch auf einen sorgenfreien Lebensabend erheben.

Die Gemeinschaft wird ihren ausgedienten Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Zukunft einen angemessenen Lebensstandard sichern wollen.

Mit grösster Genugtuung könne man diese einheitliche Tendenz aus den verschiedenen Initiativen für einen neuen Verfassungsartikel über die AHV herauslesen, wenn sie auch hinsichtlich der geforderten Leistungen und in anderen nicht unwichtigen Punkten erheblich divergieren. Bundesrat Tschudi ging dann auf die Bildungspolitik ein.

«Das alte gewerkschaftliche Postulat der gleichen Chancen für alle jungen Leute, unabhängig vom Einkommen und von der Stellung des Vaters, wird immer mehr zum Anliegen aller Volkskreise.»

Weil die Benachteiligung der minderbemittelten Schichten in der Ausbildung noch nicht in vollem Umfange behoben ist, erwarte insbesondere die junge Generation mit Ungeduld weitere Massnahmen.

Sehr positiv würdigte Bundesrat Tschudi die Institution des *Gesamtarbeitsvertrags*. Dieser vermöge sich besser an die Gegebenheiten des einzelnen Wirtschaftszweigs anzupassen als das Gesetz. Wichtiger aber noch sei die Tatsache, dass der Gesamtarbeitsvertrag die Partnerschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen vermöge. «Durch dieses Mittel können sie beim Ausbau der sozialen Einrichtungen mitbestimmen und auf die Gestaltung direkten Einfluss nehmen.»

Das Referat wurde durch die Delegierten mit grossem Beifall quittiert. Die Gewerkschafter wissen, dass sie in Bundesrat Tschudi einen guten Anwalt ihrer berechtigten Forderungen haben.

Anschliessend folgte das mit Spannung erwartete *Standortreferat* von Nationalrat Ernst Wüthrich, Präsident des Gewerkschaftsbundes, über «*Die Gewerkschaften heute und morgen*». Hans Düby, Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes, dankte Ernst Wüthrich für seinen nimmermüden Einsatz im Dienste der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Weitere Anträge

Das Bundeskomitee nahm noch eine Reihe Anträge entgegen; wobei vor allem hervorgehoben seien: die *verstärkte Einflussnahme auf die Massenmedien* (Einsetzung eines Radio- und Fernsehspezia-

listen) und die Schaffung einer Studienkommission, die den Auftrag hat, Vorschläge zum Problem der *Mitbestimmung* der Arbeitnehmer in unserer Wirtschaft auszuarbeiten. Sodann wurde der vom Bundeskomitee beantragten Beitragserhöhung einstimmig zugestimmt. Danach soll der volle Beitrag im Jahre 1970 um 60 Rp. und in den Jahren 1971 und 1972 um je weitere 20 Rp. erhöht werden. Für den reduzierten Beitrag ergibt sich eine Erhöhung um 40 Rp. im Jahre 1970 und um je weitere 10 Rp. in den Jahren 1971 und 1972. Auf diese Weise wird der volle Beitrag ab 1972 sich auf 4 Fr., der reduzierte auf Fr. 2.40 belaufen.

Einstimmig wurde durch den Kongress eine *Entschliessung* angenommen, die in wichtigen Fragen den Standpunkt des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes markiert.

In einem *präsidialen Schlusswort* betonte Kollege Ernst Wüthrich, dass der Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände gewillt sind, ihre Rolle in unserer Gesellschaft zu spielen. Wie aus den Referaten und Voten der Delegierten hervorgegangen ist, sind Vorwürfe wie Verknöcherung und Verkalkung an die Adresse der Gewerkschaften deplaziert.

«Wir blicken auf einen guten Kongress zurück. Durch gemeinsame Anstrengungen wird er seine Früchte tragen. Der Kampf um Gerechtigkeit, Fortschritt und Frieden geht weiter!»

Dr. Ferdinand Troxler, Bern

Das Echo auf den Kongress

Das Echo in der Schweizer Presse auf den 40. (ordentlichen) Gewerkschaftskongress ist im allgemeinen positiv ausgefallen. Erstaunlich war die Schlagzeile einer welschen Tageszeitung, wonach der Schweizerische Gewerkschaftsbund zwar die sozialdemokratische AHV-Initiative unterstütze, aber eigentlich der überparteilichen, bürgerlichen Initiative den Vorzug geben würde. Entweder war der Berichterstatter bei der Diskussion über Stand und künftige Entwicklung der Sozialpolitik überhaupt nicht im Saale anwesend, oder dann war es der Versuch einer Provokation, der allerdings nicht verfangen hat; die Delegierten haben die Entgleisung, für die der Kongress auch nicht den mindesten Anlass geboten hatte, mit Achselzucken aufgenommen.

Der Mitgliederversammlung einer grossen Gewerkschaftssektion war es vorbehalten, dem Gewerkschaftskongress in einer Entschliessung eine restlos negative Note auszustellen. Der Kongress habe sich wohl für die Unterstützung der AHV-Initiative der Sozialdemokrati-